

Gabriela König MdL
Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Hasemauer 8, 49074 Osnabrück

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hannah-Ahrendt-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863

Wahlkreisbüro Osnabrück
Hasemauer 8, 49074 Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832

E-Mail: info@gabriela-koenig.de
Web: www.gabriela-koenig.de

Osnabrück, 7. April 2016

Pressemitteilung

Mietpreisbremse ist kontraproduktiv – Wir brauchen mehr Wohnraum

Die FDP-Landtagsabgeordnete Gabriela König lehnt die Einführung einer Mietpreisbremse für Niedersachsen und insbesondere für Osnabrück kategorisch ab. Eine erhöhte Nachfrage nach Wohnraum verknappe auf Dauer das Wohnungsangebot. Dies wiederum führe zum Preisanstieg. Eine Mietpreisbremse führe jedoch nicht zu mehr Wohnraum. Das Gegenteil sei der Fall. „Wer wird schon neuen Wohnraum schaffen wollen, wenn der Staat hier das Sagen hat“, bringt es König auf den Punkt.

„Einerseits setzen staatliche und kommunale Vorgaben den Vermietern immer engere Handlungsbefugnisse. Der Energiepass wurde nicht nur eingeführt, sondern weiterhin verschärft. Die Standards wurden heraufgesetzt, da der anfängliche Effekt ausblieb. Aus KfW 100 wird KfW 70. Grundstückspreise und Grundsteuern erhöhten sich. Wer heute baut, muss mit einer Untergrenze von min. 8 Euro/qm rechnen, abhängig von der Lage. Grenzabstände von Rückbauten in den Innenstädten führen zu Problemen bei Ersatzbauten“, so König weiter.

Der einfache Mietpreisspiegel in Osnabrück werde unter dem Aspekt der Mietpreisbremse zu Klagen führen. Der Zeitpunkt 2010 – 2014 sei willkürlich gewählt und müsse auf die aktuellen

Marktverhältnisse von 2016 abheben. „Gesetzlich ist er also in der derzeitigen Form nicht abgedeckt. Eine Mietpreisbremse muss in jedem Fall mit den örtlichen Marktverhältnissen begründet werden“, macht die Landespolitikerin deutlich. Eine 10% Veränderung in gesonderten Mietbereichen müsse nicht unbedingt eine angespannte Wohnmarktsituation beinhalten. Hier sei eine willkürliche Marge angesetzt worden, die einer Legitimation entbehre und nicht den Vorgaben des Bundesmietrechts entspreche.

„Einen Eingriff in die Eigentumsgarantie und die Vertragsfreiheit führt nicht zu mehr Wohnraum. Wenn sich daher die privaten Vermieter vom Wohnungsmarkt zurückziehen wird der Staat diese Lücke nicht mehr schließen können und der Wohnungsmarkt wird sich weiterhin verschlechtern“, fasst König zusammen.